

St. Andrä-Wördern, 27.05.2021

## **DRINGLICHKEITSANTRAG**

Gemäß § 46 Abs 3 der NÖ Gemeindeordnung wird von der SPÖ Fraktion des Gemeinderates der Dringlichkeitsantrag gestellt, die Gemeinderatssitzung am 27.05.2021 um folgenden Tagesordnungspunkt zu ergänzen:

### **Resolution des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern an die Bundesregierung**

#### **betreffend entschlossener Kampf gegen die Plastikflut**

In Österreich fallen jährlich rund 900.000 Tonnen Plastikabfall an. Diese Plastikflut ist eine riesige Belastung: für die Umwelt, für die Städte und Gemeinden aber auch für die SteuerzahlerInnen. Während andere Länder in Europa bei der Plastikvermeidung bereits sehr viel weiter sind, hinkt Österreich bei konkreten Maßnahmen noch hinterher.

#### **Her mit dem Pfandsystem**

In zahlreichen Studien spricht sich die überwältigende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher seit längerem für die Einführung eines Einweg-Pfandsystems für Getränkeverpackungen aus. Dennoch ist die politische Umsetzung - trotz zahlreicher Absichtserklärungen und Ankündigungen etwa in Form des „3-Punkte-Plans gegen Plastikflut in Österreich“<sup>1</sup> vom 7. September 2020 - noch ausständig.

In einer vom vormaligen Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus beauftragten Studie „Möglichkeiten zur Umsetzung der EU-Vorgaben betreffend Getränkegebinde, Pfandsysteme und Mehrweg“ wurden die Kosten für verschiedene Varianten (mit und ohne Pfand) abgeschätzt, mit dem Ergebnis, dass ein Pfandsystem insgesamt die deutlich niedrigsten volkswirtschaftlichen Kosten verursacht im Vergleich zu den anderen Varianten (u.a. Aussortierung aus gemischten Siedlungsabfällen) und auch die höchste Sammelquote (95%) ermöglicht.

Durch das achtlose Wegwerfen von Abfällen in der Umwelt („Littering“) und der Sammlung von Müll im öffentlichen Raum entstehen allein den Kommunen Kosten von 120 Mio. Euro pro Jahr. Mit der Einführung des Einwegpfands und dem Verbot von Einwegplastik-Produkten können das Abfallvolumen und die anfallenden Kosten deutlich verringert werden.

#### **Her mit der Mehrweg-Quote**

Ein Pfandsystem leistet einen wesentlichen und dringend nötigen Beitrag zur Reduzierung des Ressourcenbedarfs, gleichzeitig muss aber auch der Anteil von

---

<sup>1</sup> [https://www.bmk.gv.at/service/presse/gewessler/20200907\\_3punkteplan.html](https://www.bmk.gv.at/service/presse/gewessler/20200907_3punkteplan.html)

Mehrweg-Verpackungen deutlich erhöht werden, damit der Ressourcenverbrauch durch Getränkeverpackungen deutlich reduziert werden kann.

Betrug der Mehrweganteil von Getränkeverpackung im Jahr 1995 noch rund 80%, so ist dieser Wert seither dramatisch gesunken und liegt derzeit bei unter 20%. Einen grundsätzlich erfreulichen Gegentrend stellen die Initiativen einzelner Getränkehersteller dar, die – wenn auch zumeist im Premium-Segment – wieder aktiv Produkte in Mehrwegverpackungen anbieten. Damit das Angebot von Mehrwegverpackungen aber nicht lediglich Marketing-getrieben bestimmt wird, ist eine verpflichtende Mehrwegquote unerlässlich.

### **Her mit der Herstellerabgabe für Plastikverpackungen**

Plastikverpackungen sollen aber auch Abseits von Getränkeverpackungen reduziert bzw. durch ökologischere Varianten ersetzt werden. Das hat auch die EU Kommission erkannt und mit der Einführung der EU-Plastiksteuer ein deutliches Signal gesetzt.

Mit der Einführung von Eigenmitteln auf Basis des Anfalls nicht wiederverwerteten Plastikverpackungsmülls zur Finanzierung des EU-Haushalts („EU-Plastik-Steuer“), stellte sich für die EU-Mitgliedsstaaten die Frage der Ausgestaltung. Trotz gegenteiliger Ankündigung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie hat sich der Bundesminister für Finanzen dafür entschieden, die Mittel aus dem österreichischen EU-Beitrag aufzubringen. Die eigentlich erwünschte Lenkungswirkung bei den Herstellern der Plastikverpackungen bleibt daher unverständlicherweise aus. Durch die Vorgangsweise des ÖVP-Finanzministers ersparen sich die Plastikhersteller sogar jährlich rund 140 Millionen Euro!

Der Gemeinderat der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern fordert die Bundesregierung auf, folgende Punkte ehestmöglich umzusetzen:

- Einführung eines Pfandsystems für Einweggetränkeverpackungen,
- verbindliche Quoten für den Anteil an verkauften Mehrwegverpackungen im Einzelhandel,
- Umsetzung der EU-Plastiksteuer als Herstellerabgabe in Höhe von 80 Cent pro Kilogramm in Verkehr gebrachter Plastikverpackungen, damit tatsächlich ein finanzieller Anreiz für Produzenten und Importeure von Plastikverpackungen entsteht, nicht recycelbare Kunststoffverpackungen zu reduzieren und es zu keiner einseitigen Belastung der SteuerzahlerInnen kommt.

### **Antrag**

Die SPÖ beantragt daher:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde St. Andrä- Wördern möge am 27.5.2021 in seiner Sitzung die Vorlage dieser Resolution an die Bundesregierung beschließen.